

...den japanischen ...
...spricht man von einer ...
...der Lage. Von an ...
...General Vangatu ...
...worden sei.
...Konsulat in ...
...
...sineilische Voll ...
...Abend eine Paus ...
...Konsulat. Es wird ange ...
...material für eine Be ...
...an dem Bomben ...
...folia zu finden.
...
...Mobile fand.
...
...Maddalena fehrte heute ...
...seinem Erfindungsflug ...
...zurück. Er be ...
...lungen von Erfolg ...
...ist von General ...
...worden. Dant der Er ...
...omagna konnte Ma ...
...Radioapparat mit an ...
...der in jeder Beziehung ...
...general Mobile gebrauch ...
...ununterbrochene ...
...Savola-Flugzeug und ...
...halten werden von dem ...
...Maddalena um das ...
...einer Hallström ...
...rüstungsgegen ...
...ager abgeworfen ...
...endigen Gegenstände, um ...
...aufzufrischen. Die ...
...Nähe der Jom-Tel ...
...he, Mediamente, drei ...
...Kochfen wurden über ...
...Maddalena stellt fest, ...
...dem sich die getrandete ...
...gehehen habe, da ...
...drei Männer, ...
...hitzig, daß bei ...
...einer Lan ...
...der Nähe von Mobiles ...
...andte die folgende Rad ...
...war: Wir haben ...
...versuchen sie einz ...
...
...nd fern.
...
...Autogarage.
...
...schmitttag brach in einer ...
...nicht einwandfrei ...
...schon größeren Un ...
...ab aus 7 Wahren Wä ...
...war. Zimmerlin find ...
...ftwagen zerstört.
...
...f dem Rhein.
...
...ei junge Leute, die in ...
...in einem Boot theil ...
...erst jetzt bekannt wird, ...
...nehmen in einen ...
...den Brückenpfeiler ...
...ten sich an der Krüm ...
...nach drei Kilometer ...
...nen, da ihre Kräfte ...
...ten. Der Dritte trieb ...
...aber dann von der ...
...
...erschüttelt.
...
...werner Unglücksfall, der ...
...derte, ereignete sich ...
...Ein Landwirt fuhr ...
...dem neunjährigen ...
...Lehmgarbe, um dort ...
...eine Wühlung zusammen ...
...und sein Sohn ...
...nur noch als Leichen ...
...schaden beim Ausgraben ...
...
...Stadtverordneter.
...
...ni. Nachdem in zwei ...
...teuerveranlassungen die ...
...an der durch die ...
...des Kultussetats ...
...Wohlfahrtssetats ge ...
...demokratische Partei zur ...
...auf Auflösung und ...
...enverammlung einge ...
...großer Mehrheit ...
...bürgerlichen Parteien ...
...Begründung, daß in ...
...der Stadtverordneten ...
...bildung der städtischen ...
...
...an der polnischen ...
...
...Grenze bei Annuow stieß ...
...von Schmutz ...
...Ruch ergreifen. Der ...
...Waffe Gebrauch und ...
...
...wjetrußland.
...
...Polenpoler Schnellzug ist ...
...die Nähe des Bahnhofs ...
...Personen wurden ...
...leicht verletzt. Vier ...
...
...nastus.
...
...nastus wütet zurzeit in ...
...in Richtung auf die ...
...häuser sind bereits ...
...
...des schiefen Turmes
...
...ältern zufolge hat eine ...
...neuer Auftrag er ...
...schiefen Turmes ...
...dadurch ein weiteres ...
...indern.
...
...ulberlager.
...
...21. Juni. Kurz nach ...
...höhere Bilanz ...
...In der ganzen Stadt ...
...heftig verpirkt. Der ...
...an Menschenleben sind ...
...
...plosionungsunfälle in
...
...Explosionen in einer ...
...wurde, hat weitaus ...
...als zunächst angenom ...
...mungsarbeiten wurden ...
...Explosion des Dampf ...
...keit eines be ...
...
...in Mexiko.
...
...spanische Farmer zu ...
...Hände von Ban ...
...siegelt von 12 000 ...
...bei Verweigerung des ...
...ermorden. Der span ...
...des Auswärtigen ...
...Angelegenheit unter ...

Kreisblatt des
Stadtfreies Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Ämtern und Ämtern
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumsparlei

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realschul ...
Kreuz 14. Fernspr. ...
Sammelnr. 3054.
Rheide: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolling.
Werth: Th. Parr.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 173

Samstag, den 23. Juni

Jahrgang 1928

Die Große Koalition gescheitert.

Die Deutsche Volkspartei war zu keinem Entgegenkommen bereit. - Einberufung des Reichsvorstandes der Zentrumsparlei.

Nunmehr die Weimarer Koalition.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 22. Juni. (Drahtf.)

Die optimistische Auffassung, die man nach den wechselvollen Verhandlungen am Donnerstag in parlamentarischen Kreisen hatte, ist am Freitag in das glatte Gegenteil verwandelt worden. Die Deutsche Volkspartei sollte bekanntlich zu den umstrittenen Fragen, die wir gestern im einzelnen ausführten, heute vormittag noch einmal Stellung nehmen. Der Fraktionsführer Dr. Scholz hatte am Donnerstag geglaubt, daß die Fraktionsführung sich nicht allzu lange hingeziehe, so daß er um 12 Uhr an der Besprechung mit Müller-Granten das abschließende Ergebnis mitteilen konnte. Herr Scholz hatte sich aber getrrt. Während bei früheren Krisen er selbst der Stein des Anstoßes war, scheint es diesmal so zu sein, daß er zwar für die Große Koalition und dafür auch einige Opfer zu bringen bereit gewesen ist, daß aber seine Fraktion ihn diesmal im Stich gelassen hat. Das konnte sie umso leichter, als der Parteichef Dr. Stresemann, dessen Einfluß in der Volkspartei nur dann respektiert wird, wenn er selbst persönlich zugegen ist, am Donnerstag abend Berlin verlassen hat, um seinen Erholungsurlaub im Schwarzwald anzutreten. Er ist heute in Bühlerhöhe bei Baden-Baden eingetroffen. Seine Abwesenheit hat offenbar alle bösen Geister in der Volkspartei wach gerufen, denn es zeigte sich in der am Ende hinausgeschobenen Parteiführerbesprechung bei Müller-Granten sehr bald, daß die Deutsche Volkspartei nicht nur, wie es gestern dem Anschein hatte, nicht zum Entgegenkommen bereit, sondern ihre ablehnende Haltung gegenüber den bisher noch strittigen Punkten heute noch viel schärfer geworden war. Sie hielt insbesondere fest an dem sofortigen Baubeginn des Kanizerkreuzes, an der Ablehnung des 11. August als Nationalfeiertag und an der Forderung, daß die anderen Parteien der Deutschen Volkspartei die Zustimmung machen sollten, daß Verhandlungen zur Umbildung der preussischen Regierung sofort aufgenommen und noch im Juli zum Abschluß gebracht würden. So blieb schließlich dem Verhandlungsführer Müller-Granten nichts weiter übrig, als die Erkenntnis der Ergebnislosigkeit seiner Bemühungen, eine Regierung der Großen Koalition zu schaffen. Einzig und allein an dem hartnäckigen Widerstand der Deutschen Volkspartei ist sie gescheitert. Als Müller-Granten diese Feststellung, die sich konsequent aus der völksparteilichen Stellungnahme ergab, machte, soll Scholz zwar, wie man hört, sehr verduzt gewesen sein und geäußert haben, daß habe er nicht beabsichtigt und aus das völksparteiliche Communiqué, das nach mehrfältiger Fraktionsstimmung am Nachmittag herausgegeben wurde, ging vollkommen über die Feststellung Müller-Grantens hinweg. Offenbar ist man in der Deutschen Volkspartei jetzt einigermaßen ratlos, nachdem man gemerkt hat, daß die Satzrädigkeit diesmal nicht zum Ziele geführt hat. Indem die Deutsche Volkspartei heute namentlich die Bemühungen um die Bildung der Reichsregierung gescheitert hat, hat sie gleichzeitig bis auf weiteres auch die Tür in der Preußenfrage vor der Nase zugeschlagen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen richtete Müller-Granten alsbald an die übrigen Parteiführer die Frage, ob sie bereit seien, über eine Regierungsbildung auf anderer Grundlage zu verhandeln. In Frage kommt naturgemäß jetzt eine Regierung von der Sozialdemokratie bis zur Bayerischen Volkspartei einschließlich, d. h., die erweiterte Weimarer Koalition. Daß die Parteiführer auf diese Frage keine bindenden Erklärungen abgeben konnten, lag auf der Hand. Durch die ablehnende Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ist eine so grundlegende neue Lage geschaffen, daß hierzu erst die Fraktionen Stellung nehmen müssen. Insbesondere bedeutet diese Frage für das Zentrum eine sehr schwere Entscheidung, und so kam der Fraktionsvorstand des Zentrums in seiner entscheidenden Beratung sehr bald zu dem Ergebnis, das auch die Billigung der Fraktion, so weit sie noch in Berlin weilt, fand, nämlich daß die neue politische Lage eine ernste Beratung in den maßgebenden Parteistößen erforderlich macht. Aus diesem Grund ist der Reichsparteivorstand für den nächsten Montag einberufen worden, der gemeinsam mit Vertretern der Reichs- und Landtagsfraktionen zu überlegen haben wird, wie sich das Zentrum zu dem weiteren Verlauf der Dinge stellen soll. Eine Entscheidung konnte die Zentrumsfraktion auch deswegen heute noch nicht treffen, weil man glaubt, die Frage hand in Hand mit der Bayerischen Volkspartei behandeln zu müssen. Die Bayerische Volkspartei ist aber nicht in Berlin anwesend, da am Samstag und Sonntag der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei seine Tagung in München abhält. Der Führer der Bayerischen Volkspartei Dr. Reicht nahm zwar an der heutigen Vorstandssitzung

des Zentrums teil, er konnte aber bestimmte Erklärungen aus den erwähnten Gründen noch nicht abgeben. Vor Montag der nächsten Woche wird etwas Entscheidendes in der Frage der Regierungsbildung sich kaum ereignen. In den Abendstunden begab sich Hermann Müller zum Reichspräsidenten von Hindenburg, um über das bisherige Ergebnis der Beratungen Mitteilung zu machen. Wie aus dem amtlichen Bericht über seine Unterredung hervorgeht, hat der Reichspräsident Hermann Müller für seine Bemühungen gedankt und ihn weiter beauftragt, nunmehr die Bildung des Kabinetts auf kleinerer Grundlage zu versuchen. Auch darüber werden die Verhandlungen am Montag beginnen. Die Demokraten haben beschlossen, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen, gleichzeitig aber Hermann Müller ihre schwersten Bedenken gegen eine andere als die Regierung der Großen Koalition zum Ausdruck gebracht.

Die Folgen des Belgrader Attentats.

Blutige Zusammenstöße.

Belgrad, 22. Juni. In den späten Abendstunden des Donnerstags kam es in Belgrad zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und Demonstranten. Die Demonstranten, bestehend aus Studenten und Kommunisten, veranstalteten noch in den Abendstunden einen Demonstrationsszug, wobei Rufe gegen die Regierung laut wurden. Die herbeieilenden Gendarmen und Polizeibeamten versuchten die Demonstranten zu gestreuen. Diese errichteten jedoch an verschiedenen Straßenenden der Stadt Barrikaden und griffen die Polizei mit Steinen an. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, wobei vier Personen getötet und 12 verwundet wurden. Am Mittwoch gelang es der Gendarmen und der Polizei, die Ruhe in Belgrad wiederherzustellen. 70 Demonstranten wurden verhaftet. Die Studenten wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt, während die Kommunisten in Haft behalten wurden.

Eine Erklärung der bürgerlich-demokratischen Koalition.

Belgrad, 22. Juni. 52 Abgeordnete der bürgerlich-demokratischen Koalition mit Sozialistischer Mehrheit an der Spitze veröffentlichten eine Erklärung der Ereignisse, die der Mord in der Nationalversammlung vorangingen. Es heißt darin u. a.: Weder für uns noch für die Öffentlichkeit ist das Verbrechen unerwartet gekommen. In der Sitzung der Abgeordneten am 19. dieses Monats haben die radikalen Abgeordneten Toma Popovic, Jelic und Punit Ratshisch einige Male die Abgeordneten der Opposition bedroht und gesagt, daß sie Stefan Radisch ermorden würden.

Die Besetzung der Reichstagsausschüsse.

Berlin, 22. Juni. Der Vorkreisrat des Reichstags fand heute nach längerer Beratung einen komplizierten Verteilungsschlüssel, nach dem die Reichstagsausschüsse von den verschiedenen Fraktionen besetzt werden sollen, jedoch die Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Ausschüssen ungefähr denen im Reichstagsplenum entsprechen. Der Vorkreisrat in dem wichtigsten Ausschüssen fiel der stärksten, nämlich der sozialdemokratischen Fraktion zu; es sind dies der Auswärtige, der Haushalts-, der Leberwahrungs- und der wirtschaftspolitische Ausschüsse. Ferner besaß der Vorkreisrat, daß die Exekutivparteien auch künftig bei großen Debatten nur in der zweiten Reihe das Wort erhalten und daß ihre gemeinsame Redezeit dann dieselbe ist wie die aller Fraktionen.

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin, 22. Juni. Der Reichsrat nahm die vom Reichsverkehrsministerium vorgelegte neue Eisenbahnbau- und Betriebsordnung an. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß zur Feier des 900-jährigen Bestehens der Stadt Ramburg an der Saale 300 000 Reichsmark als Denkmälen geprägt werden; die ein besonderes Münzbild nach Zustimmung des Reichsmünzrats und des Reichsrats von Ramburg erhalten werden. Der von der Reichsregierung genehmigten 100 Millionen Reichsmark für den Bau von Kleinwohnungen, die im Ausland aufgenommen werden soll, wird die für Auslandsanleihen vorgezeichnete Steuerliche Be-

Nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten erstattete Hermann Müller der sozialdemokratischen Fraktion Bericht.

Bayerische Volkspartei und Weimarer Koalition.

München, 22. Juni. Zum Scheitern der Großen Koalition schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, man müsse diesen Ausgang bedauern, denn unter allen Kompromißlösungen wäre die Große Koalition immer noch die erträglichste gewesen. Die Korrespondenz stellt fest, daß das Wort Weimarer Koalition in Bayern einen schlechten Klang habe. Eine Weimarer Koalition, wäre im Geruch Ründe, Bayern mediatisieren zu wollen, wäre eine Verbindung, an der die Bayerische Volkspartei niemals teilnehmen könne. Die durch das Scheitern der Großen Koalition geschaffene Lage bestehe den Landesausgang der Bayerischen Volkspartei vor beabsichtigte schwere Entscheidungen. Der Verlauf dieser Sitzung werde für die Entscheidung der Reichstagsfraktion richtunggebend sein.

den würden. Die Opposition hat sofort an den Präsidenten der Nationalversammlung das schriftliche Verlangen gerichtet, daß Toma Popovic und Punit Ratshisch von drei Sitzungen der Nationalversammlung ausgeschlossen werden sollten. Am Tage der Ermordung hat der Abgeordnete Ratshich an den Präsidenten appelliert, er solle die Demonstrationen von Radisch und Sozialist Brichicic verhindern. Unmittelbar vor Punit Ratshisch erhielt Toma Popovic das Wort, dessen ganze Rede aus Drohungen bestand, daß Stefan Radisch getötet werden würde. Der Präsident unterbrach die Sitzung. Sofort nach der Wiederaufnahme der Sitzung, machte Abgeordneter Bernat den Präsidenten auf diese Drohungen aufmerksam. Der Präsident erwiderte: Gehen Sie auf Ihren Platz! Punit Ratshisch begründete jedoch die Berechtigung der Drohungen und Toma Popovic. Sozialist Brichicic schrie mit lauter Stimme: Hier wird mit Mord gedroht! Ich stelle das vor der ganzen Welt fest!

Der Eindruck in Bulgarien.

Sofia, 22. Juni. Die blutigen Vorgänge in der Stuphina am Donnerstag vormittag wurden durch die bulgarische Gesellschaft dem bulgarischen Außenministerium bekanntgegeben. Die Nachricht von den Ereignissen in Belgrad hat in Sofia ungeheuren Eindruck hervorgerufen. Alle Blätter bringen die Ereignisse in Belgrad in ausführlichen Darstellungen. Was geht es erst der „Slovo“ zu den Vorgängen Stellung genommen, daß die Folgen dieses Verbrechens unabsehbar sein könnten, weil Stephan Radisch trotz aller persönlichen Unzulänglichkeiten und Volkes sei und als solcher die heiligen Rechte dieses Volkes und seinen unbefangenen Willen für Freiheit und Unabhängigkeit vertrete. So wird in Sofia darum vor allem eifrig kommentiert, weil Stephan Radisch hier noch immer als unentwegter Anhänger der Annäherung an Bulgarien gewertet wird.

günstigung zuteil werden. Die Gültigkeitsdauer der Umfassungsverordnungen für Ostpreußen wurde bis Ende Juni 1930 verlängert. Angenommen wurde eine Verordnung über Finanzstatistik, wonach die bisherigen Ermittlungen über die Finanzen der Länder und Gemeinden auf weitere vier Jahre ausgedehnt werden und verschiedene Erweiterungen erfahren sollen.

Der Preussische Staatsrat verlagt.

Berlin, 22. Juni. Der Preussische Staatsrat benedete am Freitag seinen Sitzungsschnitt. Ohne Aussprache, jedoch mit einigen Änderungen, stimmte er der Ausführungsanweisung zum Berufs- und Leberwahrungsanweisung zu. Ebenso fand die Ausführungsanweisung zum Gemeindegewahlgesetz vom 18. April des Jahres Zustimmung. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 28. September stattfinden.

Chemalige deutsche Kolonien vor dem Mandatsauschuß.

Genf, 22. Juni. Im Rätigen Mandatsauschuß des Völkerbundes machte der Generalsekretär der englischen Verwaltung in Tanganyika, Gebiet Scott, Mitteilung von dem Beschluß, die deutschen Missionen in ehemaligen Deutsch-Ostafrika wieder in ihren früheren Besitz einzuführen. Außerdem hat der Mandatsauschuß heute seine zweite Sitzung vertraulichen Beratungen über den Bericht der neuseeländischen Regierung, betreffend die Unruhen auf Samoa, abgehalten. Die Unterteile werden von der neuseeländischen Regierung auf den inzwischengewiesenen

Mischlingshauptmann Nelson zurückgeführt. Der neuseeländische Vertreter hat die von seiner Regierung als Mandatsmacht getroffenen Maßnahmen, vor allem das Alkoholverbot und die Einrichtung des Copra-Handelsmonopols, gerechtfertigt, das den Eingeborenen einen größeren Erlös ermögliche als der frühere Zwischenhandel über die Mischlinge. Der von Geheimrat Kaiti ausgearbeitete Bericht des Mandatsauschusses über die Angelegenheit wird im September dem Völkerbundsrat vorgelegt werden.

Der Hitlerputschist als Generalstaatsanwalt.

Von unserm Münchener Korrespondenten.

München, 22. Juni.

Das bayerische Staatsministerium hat kurz vor seinem Rücktritt, und wie man sagt, einstimmig, also mit der Stimme auch des dem Bauernbund angehörigen Ministers Dr. Febr, eine seltsame Beförderung vorgenommen. Der Justizminister im Kabinett Rahr, Ministerialrat Dr. Christian Roth, von 1924 bis 1928 Landtagsabgeordneter und Mitglied der Fraktion des Völkischen Blocks, ist zum Generalstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof ernannt worden. Diese Ernennung hat in weiten Kreisen, selbst innerhalb der Bayerischen Volkspartei, sehr böses Blut erregt, denn Dr. Roth gehörte seinerzeit dem Kreise der Rechtsputschisten an und ist nur durch eine Reihe glücklicher Umstände einem Gerichts- und Disziplinarverfahren entgangen. Er ist weiter bekannt geworden durch die mehrfachen und nicht entkräfteten Behauptungen der Sozialdemokraten, daß er sich unter dem sozialistischen Ministerium Hoffmann wiederholt um gehobene Staatsposten beworben und deshalb besonders bei dem damaligen Minister des Innern, Endres, vorzüglich geworden ist.

Angeht es der vielfachen Kritik, die an der Ernennung Dr. Roths geübt wurde, wird in der „Bayerischen Volkzeitung“ (München) von einer zweifellos der Regierung nahestehenden Seite in längeren Ausführungen dargelegt, daß die Beförderung des Herrn Dr. Roth der einfachen Rechtslage entspreche. Nach diesen Ausführungen soll die Rechtslage so liegen, daß Dr. Roth als ehemaliger Justizminister ein Recht auf Wiederbestellung in den bayerischen Verwaltungsdienst hatte. Dieses Recht habe ihm nicht bestritten werden können, da er seinerzeit nur in Schutzhaft genommen und weder durch ein Disziplinarverfahren disziplinarisch bestraft, noch seiner Rechte als Staatsbeamter verlustig erklärt worden sei. Nach § 60 der Verfassung habe Herr Dr. Roth als ehemaliger Minister, der nach seinem Rücktritt in üblicher Weise auf Wartegelde gelebt worden war, einen rechtlich klaren Anspruch auf Wiederbestellung gehabt und er hätte in einem allenfallsigen Prozeß gegen den bayerischen Staat ein obliegenden Urteil erlangt.

Der Artikel erörtert sodann die verschiedenen Möglichkeiten einer Wiederbestellung Dr. Roths. Eine solche wäre möglich gewesen als Ministerialbeamter, aber nach seiner politischen Vergangenheit hätte kein Ministerium besonderes Verlangen darnach gehabt, ihm ein Referat in einem Ministerium und einen höheren Posten zu übertragen. Eine andere Möglichkeit sei gewesen, ihn als Regierungsabbeiter bei einer Kreisregierung zu verwenden; das wäre aber eine wichtige politische Stellung gewesen. Im vergangenen Jahre hätte man ihn in Aussicht genommen für den frei werdenden Posten des Präsidenten der Bayerischen Versicherungskammer. Aber dafür fehlte Roth jede Erfahrung. Er würde zudem bei Erhalt dieses Postens ein Personal von gewaltigem Ausmaß, ein Institut von stetig wachsender wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung in die Hände bekommen. Als Generalstaatsanwalt habe er den Posten im Rang und Gehalt eines Ministerialdirektors; es sei ein absolut unpolitischer Posten, ohne jede politische Bedeutung, ohne großes Personal. Auf diesem Posten sei der Mann gewissermaßen fähiggestellt.

Ueberzeugend klingt diese Begründung nicht. Daß ein Mann, der sich zum mindesten als durchaus unzuverlässig im Staatsdienst erwiesen hat, unter allen Umständen wieder in diesem Dienst Verwendung finden muß, leuchtet nicht ein. Daß er nach Lage der Dinge Anspruch auf volles Gehalt hat, soll nicht bestritten werden. Aber daß er nun auch noch die Treppe hinauf fallen mußte, um Beschäftigt zu werden, das ist doch eine merkwürdige Sache.

Neuwahlen in Mecklenburg-Schwerin notwendig.

Die mecklenburgische Wahlprüfungskommission hat dem Staatsgerichtshof.

Seipzig, 22. Juni. In der von der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Gau Mecklenburg-Schwerin, gegen das Land Mecklenburg-Schwerin angestrengten Wahlprüfungskommission wurde heute von dem Staatsgerichtshof die Entscheidung gefaßt, daß der Beschluß des Mecklenburg-Schweriner Landtages vom 18. April 1927, soweit er § 12 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes betrifft, gegen die Reichsverfassung verstoße. Mit diesem Beschluß hatte seinerzeit der Landtag die Zulassung von Wahlvorschlüssen davon ab-

